

130122 AFP

Grünes Licht für Finanztransaktionssteuer

(AFP) – Vor 19 Stunden

Brüssel — Eine Gruppe von EU-Staaten um Deutschland hat grünes Licht für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bekommen. Es sei ein "Meilenstein", dass eine solche Steuer erstmals länderübergreifend eingeführt werden solle, begrüßte der EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta in Brüssel einen entsprechenden Beschluss der EU-Finanzminister. Elf Länder wollen die Abgabe auf Bank- und Börsengeschäfte erheben.

Nach monatelangen Verhandlungen war die Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte in der gesamten EU im vergangenen Jahr gescheitert. Die Staatengruppe um Deutschland und Frankreich beschloss daher, im Rahmen der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit voranzuschreiten. Dafür bekamen sie nun die Zustimmung: Die Finanzminister aller 27 EU-Mitgliedstaaten erlaubten das Vorhaben mit qualifizierter Mehrheit.

"Der Finanzsektor soll an den Kosten der Finanzkrise angemessen beteiligt werden", erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin. "Diesem Ziel sind wir ein gutes Stück nähergekommen." Neben Deutschland und Frankreich wollen sich auch die Euro-Staaten Belgien, Estland, Griechenland, Spanien, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei beteiligen.

Weitere Staaten können sich dem Vorhaben aber noch anschließen. EU-Diplomaten zufolge signalisierten die Niederlande Interesse. Schärfste Kritiker einer solchen Steuer in Europa waren von Beginn der Beratungen an Großbritannien und Schweden. Die beiden Länder enthielten sich bei der Abstimmung. Diplomaten zufolge nun ebenso wie Luxemburg, Tschechien und Malta, was nach den EU-Abstimmungsregeln einer Gegenstimme gleichkommt.

Bis die Steuer aber wirklich erhoben wird, ist es noch ein langer Weg. Im nächsten Schritt macht die EU-Kommission nun Vorschläge zu Höhe und Anwendung der Steuer. Gibt es darüber eine Einigung, müssen die teilnehmenden Staaten die Abgabe einstimmig beschließen. Dafür muss etwa geklärt werden, wohin das eingenommene Geld fließt.

"Die Kommission hat angekündigt, dass sie jetzt zügig konkrete Vorschläge vorlegen wird", sagte Finanz-Staatssekretär Thomas Steffen, der Schäuble bei den Beratungen in Brüssel vertrat. "Und erst am Ende des Tages werden wir dann schauen, wie wir das Geld verwenden." Es gebe jedoch in der Bundesregierung Widerstand dagegen, die Einnahmen in den EU-Haushalt fließen zu lassen. Ein Zieldatum für einen endgültigen Beschluss wollte Steffen nicht nennen.

Bisherige Pläne der EU-Kommission sehen eine Steuer auf Geschäfte mit Aktien und Anleihen in Höhe von 0,1 Prozent vor, der Satz für den Derivatehandel soll bei 0,01 Prozent liegen. Eine Abgabe soll die Bankenbranche nicht nur an den Kosten des Kampfes gegen die Schuldenkrise beteiligen, sondern auch Methoden wie den Hochfrequenzhandel bremsen, in dem Kritiker einen Grund für Börsenturbulenzen sehen.

SPD und Grüne forderten eine strenge Ausgestaltung der Steuer. Die Frage sei, ob sie auch Derivate und Devisen umfassen oder eine "Mogelpackung" sein werde, erklärte Grünen-

Finanzpolitikerin Lisa Paus in Berlin. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) müsse nun für eine "wirksame Steuer auf alle Bereiche des Finanzmarktes" sorgen.

Der SPD-Abgeordnete Carsten Sieling nannte den Beschluss der EU-Finanzminister einen "weiteren wichtigen Schritt in Richtung der Einführung der Finanztransaktionssteuer in Europa". Jetzt komme es aber auf die Inhalte an. Wie auch Paus hält Sieling das in Frankreich bereits eingeführte System der Besteuerung von Finanztransaktionen für noch nicht ausreichend. Zusammen mit dem französischen Sozialisten Pierre-Alain Muet forderte Sieling, die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Finanztransaktionssteuer bis Ende des Jahres zu schaffen.

"Dass die Steuer jetzt trotz heftigem Widerstand der Bankenlobby kommt, zeigt, dass es mit genügend Druck von unten durchaus möglich ist, Finanzmärkte zu regulieren", erklärte Detlev von Larcher von dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Jörg Alt von der Kampagne Steuer gegen Armut begrüßte "den entscheidenden Durchbruch für die Finanztransaktionssteuer in Europa".

Copyright © 2013 AFP. Alle Rechte vorbehalten.